

BLD / Standesbegehren Bosshard-St.Gallen / Steiner-Kaufmann-Gommiswald / Frei-Rorschacherberg vom 4. Juni 2024

Für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+

Antrag der Regierung vom 20. August 2024

Gutheissung.

Begründung:

«Erasmus+» ist das Rahmenprogramm der Europäischen Union (EU) zur Förderung von Mobilität und Austausch in der Tertiärbildung, der beruflichen Grundbildung, der Erwachsenenbildung, der Schule, der ausserschulischen Jugendarbeit und im Sport. Die europäische Bildungs- und Forschungszusammenarbeit spielt eine entscheidende Rolle in der Förderung von Innovation und Exzellenz. Die Teilnahme an Erasmus+ ermöglicht es Schweizer Studierenden, Forschenden und Lehrenden, von den vielfältigen internationalen Austauschmöglichkeiten zu profitieren, ihre internationalen, fachlichen, sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen zu erweitern und wertvolle Erfahrungen zu sammeln. Dabei werden Schwerpunkte bei der Schnittstelle zwischen Bildung und Arbeitswelt und bei der Berufsbildung gesetzt.

Seit dem Jahr 2014 ist die Schweiz nicht mehr an das Programm Erasmus+ assoziiert und hat den Status eines Drittstaates. Die seit damals bestehende Übergangslösung – das Swiss-European Mobility Programme (SEMP) – bietet zwar eine Alternative für die Finanzierung der Mobilität, deckt jedoch nicht alle Aspekte des Programms ab, die der Schweiz bei einer Assoziierung offenstehen würden. Die Erfahrungen der letzten zehn Jahre zeigen, dass die Schweizer Hochschulen auf europäischer Ebene an Sichtbarkeit und Einfluss eingebüsst haben, da sie nicht auf den Listen der möglichen Mobilitätsdestinationen geführt werden und die Entwicklung des Programms Erasmus+ nicht aktiv mitgestalten können. Zudem erhalten sie keinen Zugang zu mobilitätsfördernden Instrumenten und den dazu geschaffenen Datenbanken. Ohne den vollen Zugang wachsen die administrativen Hürden sowohl für schweizerische als auch für europäische Institutionen weiter und die Schweizer Hochschulen laufen Gefahr, den Anschluss zu verlieren. Sie sind zunehmend auf das Wohlwollen der ausländischen Partnerinstitutionen angewiesen.

Zudem haben Schweizer Hochschulen eingeschränkte Teilnahmemöglichkeiten und können keine Projektleitungsfunktion bei internationalen Kooperationsprojekten übernehmen, z.B. bei den Europäischen Hochschulallianzen (EUI). Dies führt zu einem Verlust an Sichtbarkeit und Innovation. Seit dem EUI-Call 2022 dürfen Schweizer Hochschulen zwar Mitglied von EUI sein, jedoch sind sie keine gleichgestellten Allianz-Partner. Dies führt zu unzureichender Finanzierung und eingeschränkten Förder- und Kooperationsmöglichkeiten Schweizer Hochschulen. Ausserdem ist die langfristige Finanzierung im SEMP nicht gesichert, und Budgetkürzungen des Bundeshaushaltes können die Förderung der Studierendenmobilität beeinträchtigen.

Der Bildungs-, Forschungs- und Innovationsplatz Schweiz ist auf eine ausgezeichnete internationale Vernetzung angewiesen. Die Wiederassoziiierung der Schweiz an Erasmus+ würde diese Zusammenarbeit unterstützen und wäre ein bedeutender Schritt zur Vertiefung und Verbesserung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Es gilt, das Momentum zu nutzen: Das im Dezember 2023 vom Bundesrat verabschiedete Verhandlungsmandat zeigt bereits

den politischen Willen, die Zusammenarbeit mit der EU zu intensivieren. Eine Zustimmung zu diesem Standesbegehren unterstützt diese Bemühungen und signalisiert der EU, dass die Schweiz ihre Rolle als aktiver und kooperativer Partner ernst nimmt. Dies trägt zur langfristigen Stabilität und positiven Entwicklung der bilateralen Beziehungen bei.

Die aktuelle Programmperiode begann im Jahr 2021 und läuft noch bis ins Jahr 2027. Die Regierung ist sich bewusst, dass mit einer Vollasoziiierung an Erasmus+ in der laufenden Programmperiode für den Bund gewisse Mehrkosten gegenüber der aktuellen Lösung entstehen können. Das Erasmus+-Programm bietet jedoch langfristige finanzielle Sicherheit und verhindert den Verlust von Sichtbarkeit und Innovationsfähigkeit der Schweizer Hochschulen, was mit einer rein nationalen Ersatzlösung nicht möglich ist. Die Regierung ist deshalb überzeugt, dass sich der zusätzliche Nutzen einer langfristigen Vollasoziiierung für den Schweizer Bildungs- und Forschungsplatz und insbesondere für die Hochschulen mit ihren Studierenden auszahlt.

Eine Assoziierung der Schweiz an Erasmus+ ist das erklärte Ziel des Bundesrates, ebenso an Horizon Europe – das Rahmenprogramm zur Forschungs- und Innovationsförderung der EU. Am 18. März 2024 haben die Schweiz und die EU Verhandlungen zum Gesamtpaket der bilateralen Beziehungen aufgenommen; die Assoziierung an verschiedene Bildungs- und Forschungsprogramme wie Erasmus+ und Horizon Europe sind dabei ein Kernelement. Während die Mittel für eine Assoziierung an Horizon Europe mit dem «Horizon-Paket 2021–2027»¹ des Bundes sichergestellt sind, fehlt eine Finanzierungslösung für Erasmus+.

In diesem Sinn befürwortet die Regierung die Einladung an den Bundesrat in Form der Standesinitiative, dem Bundesparlament die Sicherstellung der Finanzierung für die Wiederassoziiierung an Erasmus+ im Rahmen einer eigenen Finanzierungsbotschaft vorzulegen und die Intensität der Verhandlungen mit dem Ziel einer Vollasoziiierung der Schweiz an Erasmus+ (parallel zu Horizon Europe) zu erhöhen.

¹ Bundesbeschluss vom 16. Dezember 2020 über die Finanzierung der Schweizer Beteiligung an den Massnahmen der Europäischen Union im Bereich Forschung und Innovation in den Jahren 2021–2027, BBl 2021 73.